

Ministerpräsident Stefan Weil
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2
30169 Hannover

11.06.2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,

die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum ist ein zentrales Anliegen der LandFrauen. Deshalb haben wir die Einrichtung der Medizinischen Fakultät an der Universität Oldenburg im Jahr 2012 und ihren starken Fokus auf die ambulante Versorgung sehr begrüßt. Mittlerweile werden dort 80 Studierende pro Jahr ausgebildet, wobei der gestufte Ausbau eine Aufstockung auf zunächst 120 und schließlich 200 Studierende pro Jahr vorsieht – wie Sie wissen.

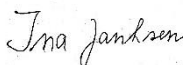
Es ist bekannt, dass die Sicherstellung der medizinischen Versorgung unser Land Niedersachsen vor große Herausforderungen stellt. Dies gilt insbesondere für die ländlichen Regionen, in denen die flächendeckende Versorgung zunehmend schwieriger wird – dies sind auch klare Erkenntnisse der Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung“. Im Nordwesten stellt sich die Situation ganz konkret so dar: Laut Prognose der Kassenärztlichen Vereinigung werden bis zum Jahr 2030 rund 1.400 Hausärzte und Hausärztinnen und über 1.000 weitere niedergelassene Fachärzte und Fachärztinnen benötigt. Die Region steuert damit auf einen erheblichen Mangel zu.

Vor diesem Hintergrund ist leicht nachvollziehbar und auch bekannt, dass die momentane Zahl der Medizinstudienplätze in Niedersachsen und insbesondere am Standort Oldenburg bei Weitem nicht ausreichen wird, um den Bedarf insbesondere im ländlich geprägten Nordwesten decken zu können. Notwendig ist vielmehr der gestufte Ausbau der Studienplätze von derzeit 80 auf 200 im Jahr 2024/25. Um diesen überhaupt möglich zu machen, ist die Verankerung zusätzlicher Finanzmittel im Landeshaushalt entscheidend. Da in diesem Jahr ein Doppelhaushalt verabschiedet wird, sind die nun anstehenden Haushaltsgespräche von besonderer Bedeutung für die Universitätsmedizin Oldenburg und für die Gesundheitsversorgung aller Menschen in der Region. Jedes Jahr, in dem mehr junge Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden, wirkt dem Mangel entgegen!

Auch in Zeiten von angespannten Haushaltslagen ist eine gute, flächendeckende ärztliche Versorgung elementar wichtig für die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens und sollte oberste Priorität für die Landespolitik haben. Ausgesprochen günstige Voraussetzungen, um den Ärztemangel effektiv entgegenzuwirken, wurden an der Universität Oldenburg geschaffen. Diese müssen nur fortentwickelt werden. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür!

Daher bitten wir Sie nochmals nachdrücklich darum, sich zusammen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts für die Verankerung der benötigten zusätzlichen 10,7 Mio. € in den Landeshaushalt für die Universitätsmedizin Oldenburg in den Ministergesprächen und der Finanzklausurtagung des Kabinetts einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Ina Janhsen
Präsidentin